

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

20.5.1924 (No. 118)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Gesamtdirektor
C. K. M. e. n. d.,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — **Anzeigengebühr:** 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Briefe, Zeitungen und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufsperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder Unvermögen der Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Die Regierungsbildung und die Deutschnationalen

Die parlamentarische Situation ist im Augenblick folgende: die Deutschnationalen haben vom Kabinett Marx verlangt, daß es sofort zurücktrete. Das Kabinett hat das Verlangen abgelehnt und seinerseits die Deutschnationalen um eine klare Beantwortung der Frage er sucht, wie ihre eigene Stellung zu dem wichtigsten Problem der Außenpolitik, dem Sachverständigenbericht, beschaffen sei. Die Deutschnationalen haben eine Beantwortung nicht gegeben, sondern erklären lassen, daß sie mit der z. B. noch amtierenden Reichsregierung über ein außenpolitisches Programm und über die auf der Grundlage dieses Programms zu vollziehende Neubildung einer Regierung überhaupt nicht zu verhandeln gedächten, dagegen bereit seien, mit den Parteien der bisherigen Regierungskoalition in Besprechungen über die Kabinettsbildung einzutreten.

Wie lange das Kabinett Marx noch amtiert wird, steht heute noch nicht fest. Es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine heißt: Rücktritt kurz vor Zusammentritt des Reichstags; die andere heißt: Verbleiben im Amt mit dem Versuch, im Parlament eine Mehrheit für die Politik des Kabinetts zu finden. Wie sich aus den neuesten Zeitungsmeldungen ergibt, wird wohl die erste Möglichkeit gewählt werden.

Letzten Endes dreht sich die ganze Diskussion um die Frage, ob und in welcher Form die Deutschnationalen an der Regierung teilnehmen werden. Diese Frage erscheint aber nicht nur vom Standpunkt der Mittelparteien aus gesehen als recht kompliziert, sondern sie ist auch geeignet, der Deutschnationalen Volkspartei selbst und ihrer Reichstagsfraktion Kopfzerbrechen zu bereiten.

Die Deutschnationalen befinden sich, da sie zusammen mit den Deutschvölkischen nicht einmal den dritten Teil aller abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen vermochten, andererseits einen Stimmenzuwachs gewonnen, der ihnen eine erhöhte Verantwortung zumeist, in einer recht ungemütlichen Lage. Schließen sie sich unter Akzeptierung der Grundlinien der bisherigen Regierungspolitik den Mittelparteien an, so desavouieren sie damit ihre Wahlparole und stoßen die Wähler, die von den Mittelparteien zu ihnen hinübergeflücht sind, vor den Kopf. Nehmen sie aber das Programm der bisherigen Regierungspolitik ab und entscheiden sich für eine Politik nationalisierender Schärfe, so können sie nicht damit rechnen, an der Regierung beteiligt zu werden. Sie müssen dann abseits stehen, und können höchstens hoffen, bei Abstimmung über Verfassungsänderungen der Reichsregierung ein Bein zu stellen. Haben sie damit Erfolg, so ergibt sich eine vollkommene Verwirrung, und es entsteht ein krisenhafter Zustand, der alles in den letzten Monaten mühsam Errungene zerstört und alle Aussichten auf einen wirklichen Wiederaufbau vernichtet muß. Sowie das Volk aber erst einmal die Folgen eines solchen Wahnsinns an eigenen Leibe verspüren wird, wird die Anziehungskraft, die heute noch die Deutschnationalen auf einen Teil des Bürgertums ausüben, erloschen sein.

Die Deutschnationalen haben sich nun offenbar für eine Methode entschieden, die scheinbar einen Kompromiß bedeutet, für sie selbst aber außerordentlich verheißungsvoll ist, — falls sie gelingen sollte. Dabei werden sie geleitet von ihrem obersten Ziel, und dieses ist: die Gewinnung der Macht. Sie wollen — und sei es auch um den Preis einer leichten Annäherung an das Programm der bisherigen Regierungspolitik — die Bildung des neuen Kabinetts maßgebend beeinflussen und sich dabei von vorn herein die oberste Machtposition sichern. Von dieser Machtposition wollen sie dann, wie aus gewissen, nicht ganz vorichtigen Erklärungen ihrer Führer hervorgeht, nicht mehr weichen. Ja, man kann sogar aus diesen Erklärungen die Neigung zum Staatsstreich herauslesen.

Ganz in Konsequenz dieser Politik haben die Deutschnationalen gestern eine Einladung an das Zentrum, an die Deutsche Volkspartei und an die Bayerische Volkspartei gerichtet, mit ihnen, den Deutschnationalen, am morgigen Mittwoch zu einer Besprechung über die Regierungsbildung zusammenzukommen. Bezeichnenderweise sind die Demokraten zu dieser Sitzung nicht eingeladen worden. Die Mittelparteien sind aber übereingekommen, Verhandlungen mit anderen Parteien nur in gegenseitigem Einverständnis aufzunehmen. Deshalb ist nicht anzunehmen, daß man der Einladung folgen wird.

Das Streben der Deutschnationalen nach der Macht tritt in diesem neuen Schritt überhüllt in Erscheinung. Inzwischen haben sich die bürgerlichen Mittelparteien über ihr außenpolitisches Programm geeinigt. Wie die „Germania“ mitteilt, bewegt es sich in der Hauptfrage auf der Linie der bisherigen Politik der Reichsregierung. Es ist zu begrüßen, daß die Mittelparteien diesen Weg eingeschlagen haben. Die Situation wird dadurch wesentlich geklärt. Denn nun ist es Sache der übrigen Parteien, zu diesem Programm Stellung zu nehmen. Und man wird dann ja sehr rasch sehen, aus welchen Parteien sich eine Mehrheit bilden läßt, die für eine vernünftige Wiederaufbaupolitik eintritt. Vor allem werden dann auch die Deutschnationalen, nachdem ihre Führer sich bisher in höchst widersprüchlichen Äußerungen gefallen haben, offiziell Farbe bekennen müssen.

Ernst genug ist die Entscheidung, die das Parlament und damit das deutsche Volk fällen soll. Unsere ganze Hoffnung ist die, daß es gelingt, in Ausföhrung des zweifelnsfreien Willens der Mehrheit des Volkes die parlamentarische Basis für eine Politik der Vernunft, der Würde und des Friedens zu finden. Man muß sich ganz klar darüber sein, wenn die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen mit den Ideen, die sie bisher vertreten haben, bestimmenden Einfluß erringen, ein Abschnitt der deutschen Geschichte eingeleitet werden würde, dessen Ende nicht viel anders, eher noch schlimmer aussehen würde, wie der November des Jahres 1918! Doch ist vorauszusetzen, daß die bürgerlichen Mittelparteien fest entschlossen sind, alles aufzubieten, um eine derartige Katastrophe zu verhüten. Daß die Sozialdemokraten sie bei einer solchen Politik unterstützen werden, wird als selbstverständlich angenommen. Und auch die bürgerlichen Wähler, die diesmal als Protest gegen Poincaré deutschnational gewählt haben, werden einsehen lernen, daß die Politik der bisherigen Reichsregierung noch die einzige ist, die einige Aussichten auf Erfolg hat. Daß sie auch eine Politik der nationalen Würde und Selbstachtung sein muß, ist so selbstverständlich, daß das in einem deutschen Blatte nicht besonders betont zu werden braucht.

Das amtliche Ergebnis der Abstimmung in Hannover

Das amtliche Gesamtergebnis der Vorabstimmung aus dem fünf stimmberechtigten Regierungsbezirken Hannover ist: Hannover 144 818, Hildesheim 82 691, Lüneburg 176 704, Stade 70 882, Osnaabrück 33 886 Ja-Stimmen, zusammen 448 961 Ja-Stimmen. Stimmberechtigt sind 1 768 800 Stimmen.

Die Anhänger des Trennungsgedankens hatten für die Vorabstimmung davon ein Drittel gleich 589 600 Stimmen aufzubringen. Es fehlen ihnen also 140 639 Stimmen. (Somit findet eine Hauptabstimmung nicht statt.)

Der bayerische Innenminister Schreyer hatte an die Deutsch-Hannoversche Partei einen Brief gerichtet, in dem er der Partei zu der „Selbständigkeitsbewegung des niederländischen Volkstammes“ Erfolg wünschte. Die „D. Z.“ erzählt, hat der preussische Ministerpräsident Braun durch den preussischen Geschäftsträger in München beim bayerischen Ministerpräsidenten v. Künzing Einspruch gegen den Brief Schreyers erhoben.

Platzjagen im Reichstag

Wie die Berliner Blätter melden, hat der Reichstagspräsident Loh die Führer sämtlicher Reichstagsparteien für heute Nachmittag zu einer Besprechung eingeladen, um die Verteilung der Plätze im Sitzungssaal für die einzelnen Parteien vorzunehmen.

Die „Breslauer Volkswacht“, die dem bisherigen Reichstagspräsidenten Loh nahesteht, schreibt, daß schon im alten Reichstag die Deutschnationalen erklärt hätten, weiter rechts als wie sie könne niemand stehen, daher sei den Völkischen das Recht auf die Plätze an der äußersten Rechten zu bestreiten. Auch die Volkspartei und das Zentrum weigerten sich, die völkischen Herren neben ihren Plätzen aufzunehmen. Jetzt werde diese Frage noch einmal aufgeworfen. Herr v. Gräfe und Herr Rudendorff wollten links von den Deutschnationalen sitzen. Diesen Platz bestreiten ihnen jedoch die 44 Abgeordneten der Deutschen Volkspartei. Es wird sich weiter eine Auseinandersetzung daran knüpfen, ob die Deutsche Volkspartei, wie die Völkischen es wünschen, links vom Zentrum Platz nehmen, in den Bänken, in denen ehemals die National-Liberalen saßen. Eine Umgruppierung in entgegengesetzter Richtung wünschte die Bayerische Volkspartei, die bisher zwischen Demokraten und Zentrum saß und die nunmehr rechts vom Zentrum bei den „nationalen“ Parteien ihren Platz finden müßte. Angekündigt wird sich eine neue Fraktion im Reichstag durch den Zusammenschluß von 10 Bauern- und Mittelstandsmitgliedern mit 5 Welfen bilden, deren Platz auch in der Nachbarschaft des Zentrums zu suchen wäre.

Kommunistenhetze gegen die Polizei

Die „Arbeiterzeitung“ in Mannheim hat es seit ihrem Wiedererscheinen sich zur Aufgabe gemacht, den Kampf gegen polizeiliche Übergriffe mit aller Energie zu führen. Inwieweit die hierfür ins Werk gesetzte Kritik auf sachlicher Unterlage beruht, ist gegen diese nichts zu sagen, weil es auch der Regierung nur angenehm sein kann, die Polizei von Leuten frei zu halten, die in aufregenden Stunden ihre Nerven nicht in der Gewalt haben. Der Minister des Innern kennt gegen Beamte, die sich ungehörige Übergriffe zuschulden kommen lassen, keine Rücksicht. Die angegriffenen Polizeibeamten sind angewiesen durch Klageerhebung gegen die „Arb.-Ztg.“ Klarheit zu schaffen.

Aus den einzelnen Abhandlungen geht aber hervor, daß es sich bei der „Arbeiterzeitung“ in der Hauptfrage um einen Kampf gegen den Innenminister handelt, den man den lieben Lesern als Scheusal vor Augen führt, um damit die Partei, von welcher der Innenminister getragen wird, politisch zu belasten. Sintergrund dieser Bestrebungen ist allerdings auch die große Belastung, welche der kommunistischen Partei durch die massenweisen Aburteilungen gegen die Teilnehmer an den kommunistischen Putzsch in Oberbaden zugewachsen ist. Unter den Verurteilten befinden sich sehr viele Familienväter, die von den kommunistischen Drahtziehern im Stiche gelassen wurden und mit ihrer Familie für ihre Unbesonnenheiten nun bitter büßen müssen. Dieses Schuldbewußtsein drückt auf die kommunistischen Führer, weshalb im Landtag die Abgeordneten Volk und Unger in der letzten Woche zu einem Generaloffensivstoß gegen die Regierung ausholten. Da die Abgeordnete Unger ihre im Landtag gemachten Ausführungen nunmehr auch in der „Arbeiterzeitung“ in einem besonderen Artikel wiederholt, ist für diese Frau Gelegenheit gegeben, im Gerichtssaal den Wahrheitsbeweis zu führen. Niemanden als dem Innenminister kann es lieber sein, eine ganz klare und einwandfreie Feststellung zu erhalten, weil es dann möglich ist, gegen Beamte, die sich solche Übergriffe haben zuschulden kommen lassen, — wie das von kommunistischer Seite behauptet wird — einzuschreiten. Selbstverständlich werden die Kommunisten für den Fall, daß sie, wie in vielen anderen Fällen schon nachgewiesen wurde, wiederum Unwahrheiten vorbrachten, die rechtlichen Folgen zu tragen haben. Es darf in diesem Zusammenhang nur darauf verwiesen werden, wie häufig im Verlauf des letzten Jahres die „Arbeiterzeitung“ widerrufen mußte, wie oft sie schon wegen der Verbreitung von unwahren Angaben Aburteilungen erfuhr und wie sehr insbesondere die von Jahr ausgehenden Meldungen sich bei der Nachprüfung als Schwindelnachrichten herausstellten. Was wurde nicht alles über angeblich sämliche Mißhandlung der Kinder der Landtagsabgeordneten Frieda Unger durch die Polizei erzählt? Von den feinerzeit gegen die Polizei wegen ihrer Tätigkeit in Vorrath und Jahr verbreiteten Klagenachrichten wurde im Gerichtssaal zu den hauptsächlichsten Anklagepunkten ebenfalls nichts bewiesen.

Im übrigen ist das Verhalten der „Arbeiterzeitung“ und der kommunistischen Führer angesichts der von diesen durchgeführten Putzsch und der von diesen zur Befestigung der bestehenden Staatsform fortwährend unterhaltenen organisatorischen Vorbereitungen eine ganz gewöhnliche Heuchelei. Eine Partei, die ihren Anhängern Auftrag gibt, Pulverdiebstähle durchzuführen, Handgranaten anzufertigen, sich Waffen zu verschaffen, eine Partei, die, wie es im Juli und im August des letzten Jahres geschah, während vieler Wochen die Leiden der Menschen durch eine zügellose Agitation aufweichte, um die bestehende Staatsform zerschmettern zu können, die hat das Recht verwirkt, über das Unrecht Anderer Klage zu führen. Das moralische Recht eines jeden Menschen, sich gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen, wird für Leute, die zur Mißachtung der bestehenden Gesetze auffordern, hinfällig.

Der Abg. Volk meinte im Landtag, er brenne jetzt schon darauf, die polizeilichen Übergriffe wieder wettzuschlagen zu können, wenn die Kommunisten zur politischen Herrschaft gelangen. Dieser Abgeordnete ist klug genug, um zu wissen, wie die hierfür in Betracht kommenden Aussichten sind; er weiß wohl auch, daß der Royalismus zur Zeit das Jakobinertum in Deutschland mächtig überflügelt. Deswegen kann seine Bemerkung

Fung nur eine Verbeugung vor der Tschaka sein, die als Geheimbund der Kommunisten trotz allen Ableugnens auf deutschen Boden verpflanzt wurde.

Um der „Arbeiterzeitung“ und den kommunistischen Landtagsabgeordneten Gelegenheit zu geben, ihrem moralischen Entrüstungswillen weitgehendsten freien Lauf zu lassen, hat der Minister des Innern angeordnet, daß die während des Kommunistenputsches in Oberbaden begangenen Gewalttätigkeiten zusammengestellt und veröffentlicht werden. Es wird sich dann schnell zeigen, wie schon das, was der Polizei nachgeredet wird — geschweige denn, was von den Nachredenden tatsächlich bleibt — total verschwindet vor den Scheußlichkeiten, die sich die Kommunisten gegen ihre Mitmenschen haben zuschulden kommen lassen.

Für heute sei auf einen Spezialfall der Heße gegen die Polizei hingewiesen, die dem Karlsruher „Residenanzeiger“ (Nr. 111) entnommen und von der „Arbeiterzeitung“ mit entprechenden verlebenden Bemerkungen gegen den Innenminister gewürzt wurde. Es war da ausgeführt:

„Ein anscheinend Betrunkener, der wohl auch sonst noch etwas auf dem Kerbholz haben mochte, und seiner Arretierung einigen Widerstand entgegengesetzt habe, sei von 2 Schutzleuten ganz jämmerlich und brutal mit den vereinigten Gummiknüppeln niedergeschlagen worden.“

Der so in Schutz genommene Arrestant ist ein in Karlsruhe als Rowdy schlimmster Sorte bekannter Gelegenheitsarbeiter, der wegen Morddelikten jeglicher Art und wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen im ganzen 32 mal vorbestraft ist. Dieser Mann hatte in einer Wirtschaft Streit; er blutete bereits an den Händen, als die Polizei eintraf, und zwar so, daß er kaum angefaßt werden konnte. Die Chefrau dieses braven Bürgers ersuchte die Polizei, ihren Mann unter allen Umständen mitzunehmen, da sonst Schlimmes zu befürchten sei. Die Unterbringung des Betroffenen in der Polizeiwache war auch nur gedacht, bis er sich wieder beruhigt hatte. Der Transport dorthin ging ohne jede Störung vor sich. Weil die Freilassung nicht schnell genug erfolgte, fing der Arrestant zu skandalisieren an, deswegen seine Einweisung in das Amtsgefängnis bis zum nächsten Tage angeordnet wurde. 2 Polizeibeamte waren mit dem Vollzug beauftragt, gegen die Verhaftete auf der Straße tödlich vorging, indem er einem der Polizeibeamten unerwartet schnell das Seitengewehr entziff, um auf denselben einzustechen. Nun erst entwickelte sich zwischen dem Arrestanten und den Polizeibeamten ein Kampf um den Besitz des Säbels, wobei die Beamten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machten. Zivilpersonen, die bei dem Vorgang Zeugen waren, haben durch persönliches Eingreifen die Beamten bei der Ausübung ihres Berufes unterstützt.

So wie dieser Fall, liegen noch viele andere. Jeder anständige Mensch weiß, wie schwer der Dienst der Polizeimannschaften ist. Oft muß der Polizeibeamte selbst unter Einsetzung seines Lebens Aufträge verrichten, weil die allgemeine Staatsordnung das nun einmal erfordert. Für die Kommunisten gibt es eine hierauf Bezug nehmende objektive Prüfung der Vorfälle nicht. Der Appell an die niedersten Instinkte der Menschen bildet den Operationsboden für die kommunistische Verheerung, wobei die kommunistischen Führer gar nicht verschweigen, daß wenn sie erst einmal in der Herrschaft sich befinden, der Gummiknüppel gegenüber den von der kommunistischen Polizei in Bewegung gesetzten Instrumenten einem Zunderbrot gleichen wird.

Badisches Landestheater

II.

Zum erstenmal: Amphitryon.

Ruffspiel in drei Handlungen und einem Vorspiel von J. B. P. Molière, frei übertragen von Felix Baumbach. In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

Dem Literaturchroniker sei vergönnt, gleich eingangs sein Erstaunen zu bekunden, daß der Komödiendichter Jean-Baptiste Poquelin, der sich das Schauspielers pseudonym Molière beilegte, wie aus dem Theaterzettel zu ersehen ist, mittlerweile geahndet wurde in J. B. P. de Molière.

Berdient hat er es jedenfalls. Dafür ist auch sein „Amphitryon“ Zeuge, den wir mit großer Freude in unserem Landestheater begrüßen, zudem in der Übertragung von Felix Baumbach, die heute wohl die in Deutschland allgemein gespielte ist. Molière hat hier gezeigt, wie ein Stoff, der schon in die indische Märchenwelt zurückreicht und seit Euripides, Aeschylus, Rhinton von Tarent, Plautus immer wieder bearbeitet wurde, so von Vaccaccio, von dem Spanier Oliva, dem Portugiesen Camoes und unmittelbar vor Molière von seinem Landsmann Rotrau, zum geistigen Eigentum werden kann durch die Kraft künstlerischer Formung. Den Inhalt eines solchen univervalliterarischen Stoffes erzählen zu wollen, wäre Beleidigung, fäntemalen aus Deutschen ja noch die jüngere Bearbeitung durch G. von Kleist bekannt ist — aber doch sein sollte.

Molière hat den Stoff mit den Anschauungen seiner Zeit, der Zeit des roi soleil durchdrängt und uns mit sprühendem Witz und in vollendeter Grazie die Pflanzerie der Liebesabenteurer eines Grandseigneur vorgeführt, der gleich dem erhabenen Sonnenkönig von Versailles die Edelleute seiner Umgebung beehrt, indem er nächstherbeilich ihre hoffämlichen Ehefrauen mit seiner Hand beglückt. Indem Molière die antiken Götter, Helben und Sklaven als Menschen des 17. Jahrhunderts auftreten läßt, schenkt er uns eine Götterparodie, wie sie phantastisch-lustiger keine Offenbachade enthält. Gleich der Prolog, von Verma Clement als Die Nacht und U. v. d. Trend-Urtici als Merkur ausgezeichnet gesprochen, quillt über von wichtigen Pointen, so wenn Merkur auf der Nachtgöttin Erkennen wegen seiner Würdigkeitslagen antwortet: „Ist

Die Rechtslage für Festzüge, öffentliche Aufzüge, Regimentsfeiern und Versammlungen unter freiem Himmel

Gewisse Beobachtungen aus jüngster Zeit lassen darauf schließen, daß in vielen Vereinen des Landes, die für die Veranstaltung von Festzügen, demonstrationsartigen Aufzügen und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel in Betracht kommende Rechtslage nicht bekannt ist. Der militärische Ausnahmezustand ist durch Reichsverordnung vom 28. Februar d. J. zwar aufgehoben, doch ist an dessen Stelle ebenfalls auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung der zivile Ausnahmezustand als zu Recht bestehend erklärt worden. Dieser zivile Ausnahmezustand nach der genannten Verordnung geht zwar von der Voraussetzung aus, gegen die Bestrebungen auf gesetzwidrige Änderung der verfassungsmäßigen Staatsform zum Zwecke der Abwehr die notwendigen Maßnahmen treffen zu können. Zu diesem Zwecke sind insbesondere Einschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnisses, Anordnung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Reichsverfassung werden insoweit vorübergehend außer Kraft gesetzt. Der Vollzug dieser Ausnahmebestimmung steht dem Reichsminister des Innern zu, der seinerseits wieder durch eine besondere Vollzugsverordnung für verschiedene Möglichkeiten den Landeszentralbehörden Vollmacht erteilt.

In § 3 der genannten Verordnung sind darüber hinaus aber auch öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen ganz generell verboten. Diese Verbotsbestimmung bezweckt nicht lediglich Abwehr von Bestrebungen zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Staatsform, sondern sie verweist, von der Absicht ausgehend, die Straßen von größeren Menschenansammlungen frei zu halten, vereinsmäßige oder demonstrationsartige Veranstaltungen ganz allgemein in geschlossene Räume. Die Landeszentralbehörden können zwar Ausnahmen zulassen, sie sind aber durch die vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien daran gehalten, diese Ausnahmen nur in beschränktem Umfange zu gestatten und nur dort zuzulassen, wo Veranstaltungen innerhalb befriedeter Plätze vor sich gehen können. Nach dem Vorkommnis in Halle ist im Reichsrat die Forderung begründet worden, in der Gewährung von Ausnahmen noch zurückhaltender als bisher zu sein, weil, wo solche zugelassen werden, immer die Gefahr von Gegenveranstaltungen und somit die Gefahr einer Störung der allgemeinen Ordnung heraufbeschworen wird. Diese Gefahr ist bei den leider nun einmal bestehenden politischen Gegensätzen, bei der Unzulänglichkeit der deutschpölitischen und der kommunistischen Kreise sowie bei dem offensichtlichen Bestreben derselben, die Geseze zu mißachten, naturgemäß in außerordentlich starkem Maße vorhanden; sie besteht in geringerem Umfange auch bei rein unpolitischen Veranstaltungen.

Der badische Minister des Innern hat bisher Ausnahmen für Umzüge von Gefangenen und Turnvereinen, Feuerwehren und ähnlichen Verbindungen zugelassen. In Zukunft werden aber auch in dieser Richtung Einschränkungen eintreten müssen und zwar insbesondere für die so zahlreich angekündigten Regimentsstage. Ein Regimentsstag im Rahmen des 109er-Tags, wie er kürzlich in Karlsruhe vor sich ging, kann auf Grund der Ausnahmebestimmung nicht beanstandet werden. Dessen Zusammenkünfte fanden in einem großen Saale und die Gedächtnisfeier auf dem Friedhof ohne geschlossenen An-

und Abmarsch statt. Der Verlauf dieses Tages war durchaus würdig und gab niemand Veranlassung zur Kritik. Im Gegensatz hierzu haben andere Regimentsvereinigungen Programme für Regimentsstage verfaßt, auf welchen militärische Gottesdienste, Straßenumzüge und Denkmalsentwürfungen angekündigt sind, ohne daß hierzu die behördliche Erlaubnis eingeholt worden ist. Alle, die es angeht, wollen sich darauf einstellen, daß seitens der Landeszentralbehörde besondere Ausnahmen mit dem Hinweis darauf, es seien alle Vorkehrungen getroffen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, nicht bewilligt werden. Für diesen Sommer und solange der zivile Ausnahmezustand besteht, muß es bei der Beschränkung des Versammlungsrechtes unter freiem Himmel bleiben. Die Regierung kann den Bestrebungen auf gesetzwidrige Änderung der verfassungsmäßigen Staatsform mit Nachdruck nur entgegentreten, wenn sie verhindert, daß niemand mit Recht den Hinweis auf ein Messen mit zweierlei Maß vorbringen kann. Nicht die Lust am Reglementieren bildet die Veranlassung für das Ausnahmegesetz, sondern die Bösartigkeit gegen die Geseze und die allgemeine Ordnung seitens einiger Teile des Volkes, die sich mit der Staatsform nicht abfinden wollen. Aus den gleichen Motiven steht es auf Grund der Verordnung vom 28. Februar d. J. dem Reichsminister des Innern und in dessen Auftrag den Landesregierungen zu, gegen Presseorgane mit Verboten vorzugehen, die zu Gesezewidrigkeiten auffordern, lügenhafte Meldungen verbreiten und Rufschorgänge verheerlichen. Solche Verbote werden je nach den einzelnen Vorkommnissen auf zeitlich begrenzte Weise ausgesprochen; sie können aber auch ganz allgemein verhängt werden. Gegen eine gesunde Kritik von gutem getretenen Missetänden wird keine Behörde etwas unternehmen; denn auch die öffentlichen Verwaltungen haben ein Interesse daran, daß Missetände beseitigt werden. Der Propaganda für eine andere Staatsform steht auch nichts im Wege, ins solange sich dieselbe in einem gesetzlich zulässigen Rahmen bewegt. Wird diese Propaganda in illegaler Weise betrieben, bildet eine solche die Unterlage zu organisatorischen Vorbereitungen auf gewalttätigen Umsturz, dann steht dem Staat nicht nur das Recht der Notwehr, also nicht nur das Recht der Anwendung von Gewalt gegen Gewalt, sondern die Pflicht zu, jede Vorbereitung zu gewalttätigen Unternehmungen im Keime zu erticken.

Die auf dem Boden der Staatsverfassung stehenden Volksteile haben sicherlich Verständnis für die hier in Betracht kommende Sachlage, wie auch für die aus dieser Sachlage heraus entstandenen Abwehrmaßnahmen der Staatsgewalt. Wenn Kreise aber, denen dieses Verständnis abgeht, kann man nur zurufen: Begebt Euch zunächst erst einmal auf den Boden der Gesezmäßigkeit, dann werden die verfassungsmäßig gesicherten Freiheiten bald wieder in Wirksamkeit sein!

Verbotener Sportwettag. Durch Verfügung des preussischen Ministeriums des Innern ist für den kommenden Sonntag geplante Wettag der Frankfurter Sportverbände, der seine Krönung in einem Massenaufzug der Sportverbände und einer Ansprache auf dem Hämberg finden sollte, infolge der Ereignisse, wie sie sich in Halle und an anderen Orten abgespielt haben, verboten worden.

Zusammenstöße auf einem Unentag. In Fürstenwalde (Spree) kam es bei einem Unentag an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen mit Schupo. Die Befastung von etwa 75 Kommunisten wurde aufrecht erhalten.

Auf eine Stellung in der Deutschen Industrie wird von der neugegründeten „Industriellen Vereinigung“ des sehr rechtsstehenden Oberfinanzrats Bang hingearbeitet. In Berlin kam es in einer Versammlung, in der sich Geheimrat von Borst gegen Bang und andere wandte, zur einer stürmischen Aussprache. Von Borst verließ schließlich auf Angriff eines Herrn v. Brud (Düsselrodt) die Sitzung. In der Versammlung sprach auch Graf Rebenkowitz.

denn ein Gott von Stahl?“ Schade, daß das Bühnenbild dieses geistvollwichtigen Prologs nicht phantastisch-lustiger gestaltet war. Molière schlägt darin das Thema seiner Satire auf die Gesellschaftsmoral an, die in häßlicher Relativität sich dehnt und verengt je nach der sozialen Stufe, für die sie in Anwendung gebracht wird. Wenn die Nachtgöttin über die ihr zugewandten Kupplerdienste sich empört, meint Merkur (ich muß leider nach älterer Überlieferung zitieren, da mir die von Felix Baumbach nicht zur Hand ist):

„Für eine junge Göttin, schöne Nacht, gehört Ihr stark noch in die alte Zeit! Den kleinen Leuten, dem geringen Volk gilt solch ein Amt für niedrig. Wer von Glück so hoch gestellt ist, der kann tun und lassen, was ihm gefällt. Was er beginnt, ist schön und tadellos. Nach Rang und Ansehen wechseln die Dinge ihren Namen.“

Ähnlich sagt in dem eigenartigen Stück der Sklave Sosias: „Weil's aus meinem Munde kommt, ist's albern und nicht wert, daß man drauf hört; doch hat' ein großer Herr es Euch erzählt, so glaubt man's ihm Wort für Wort.“

Satire hat immer einen ernsthaften Unterton; diesen verleiht Molière nach, wenn er am Anfang des dritten Aktes, den betrogenen Ehemann — wir brauchen dabei gar nicht an Molières eigene Eheerlebnisse zu denken — hagen läßt:

„Wie wenig frägt nach einem Vorberfrange, wer tief im Herzen solche Wunde fühlt! Und ach wie gern entsagt ich allem Ruhm um Frieden im Gemüt!“

Hätte Molière nur eine derbomische Farce schreiben wollen, so hätte er sicherlich nicht unterlassen, nach herkömmlichem Poffenbrauch auch das Objekt der Komik, die betrogene Frau Alkmene zum Schluß wieder auf die Bühne zu bringen, um lachender Zeuge der Lösung des Knotens zu sein.

Aus allem geht hervor, daß Molière den überlieferten Stoff, wie schon Geseze beobachtete, behandelt als „ein Gegenstand des Geistes, des Witzes und zarter Weltbetrachtung“. Allerdings ist er kein Eiserner; ihm liegt nicht die Pose des Gesellschaftsanklägers, sondern er erhebt die satirisch zu beleuchtenden Schäden der Gesellschaftsordnung in die Sphäre verheerenden und darum lächelnden Humors, und, um dies

umso leichter zu bewirken, verleiht er der Handlung der sozialen Oberfläche eine wiederkehrende und kontrastierende Parallele in sozial tieferer Stufe, ästhetisch ausgedrückt: er unterstreicht die Feinkomik der Haupthandlung durch die Derbheit der Nebenhandlung.

Daß Felix Baumbach dies nicht erkannte ist ein grundfährlicher Fehler seiner Inszenierung, die damit wider den Geist des Dichters verfährt. Der Theatermann hat den Dichter erbroffelt. Die Gefahr, vor der ich schon öfters gewarnt habe, hat sich hier verwirklicht: das Theater ist nicht mehr der Diener der Dichtung. Gerade weil unser Schauspiel der Leitung Baumbachs sehr viel verdankt, muß diese Gefahr mit allem Nachdruck betont werden.

Baumbach hat Molières „Amphitryon“ als reine Poffe inszeniert, als solche durchaus einseitlich, vorzüglich, vollen Schmuck und Laune und daher mit großer Wirkung. Die Darsteller der Haupthandlung waren Alkmene als Jupiter, Rob. Würtner als Amphitryon, Martha Müller als Alkmene; die Darsteller der Nebenhandlung: U. v. d. Trend-Urtici als Merkur, Paul Müller als Sosias, Marie Genter als Alkmene. Sie alle hatten offensichtlich Freude an ihren Rollen und brachten sie zu besten Wirkung. Das Haus kam aus dem Lachen nicht heraus. Ob Baumbach solchen starken Vacherfolg erzielt hätte, wenn er nicht einseitig das Poffenhafte des Stückes unterstrichen hätte, ist füglich zu bezweifeln. Vielleicht gelingt es ihm wenigstens, damit das Theater zu füllen, das gähnende Rügen aufweist.

Zum Schluß noch etwas Grundfährliches: Es wird allgemein davon gesprochen, daß das Schauspielpersonal um acht bis neun Kräfte vermehrt werden soll. Da mir nichts Authentisches darüber bekannt ist, kann ich dazu keine Stellung nehmen. Sollte es aber damit seine Wichtigkeit haben, dann kann nicht früh genug darauf hingewiesen werden, daß unser Theater ein tüchtiger Dramaturg dringend notwendig ist. Wir brauchen nur zu betrachten, was wir an Aufführungen bekommen, um die Notwendigkeit zu begreifen. Daß ein Autor Badener ist, oder daß ein Werk im Bühnenvolksbuch erscheint, ist sicherlich noch kein Freibrief zur Aufführung im Badischen Landestheater. Es scheint aber doch tatsächlich so, daß wenn ein Stück hier zur Aufführung angenommen wird, dies meistens auf persönliche Gründe zurückzuführen ist.

Politische Neuigkeiten

Die Arbeitszeit im Bergbau

Wie die Erklärung der Bergarbeiterverbände erneut ergibt, ist einer der Hauptstreitpunkte zwischen den Parteien die unterschiedliche Beurteilung der Frage, welche Arbeitszeit im Bergbau rechtmäßig ist, nachdem die bisherigen Abmachungen abgelaufen und die Arbeitnehmerverbände den Schiedspruch vom 16. Mai abgelehnt haben. Der Reichsarbeitsminister ist deshalb heute an den Vorsitzenden des vorläufigen Reichswirtschaftsrates mit der Bitte herantreten, unparteiische arbeitsrechtlichkundige Juristen zu ernennen, die gebeten werden sollen, über die genannte Rechtsfrage nach Anhörung des Standpunktes beider Parteien in kürzester Frist ein Gutachten zu erstatten. Die Sachverständigen sollen heute nachmittags im Reichsarbeitsministerium zu Berlin zusammenkommen.

Mitteilungen aus Essen zufolge wird nach Mitteilungen aus Gewerkschaftskreisen die Zahl der ausgesperrten Ruhrbergarbeiter und der Arbeiter anderer Industrien auf rund 600 000 geschätzt. Im Ruhrgebiet kam es bereits zu Zusammenstößen. Notstandsarbeiten wurden verhindert.

Rundgebungen unter freiem Himmel

Entgegen der Darstellung verschiedener Blätter, wonach der Reichskanzler sich aus außenpolitischen Gründen gegen die Abhaltung einer Schlageter-Feier unter freiem Himmel in Berlin ausgesprochen und im Reichskabinett in dieser Frage keine Einmütigkeit geherrscht haben soll, teilt B.Z. mit, daß der Reichskanzler überhaupt keinen Anlaß gehabt hat, sich mit der in Frage stehenden Angelegenheit rein politischer Charaktere zu befassen. Das ganze Reichskabinett tritt dem Standpunkt der preussischen Regierung bei, daß zurzeit die Lebensfähigkeit bei innerpolitischen Kämpfen solche Formen angenommen hat, daß Versammlungen unter freiem Himmel, bei denen erfahrungsgemäß Gegenstände zu ersten Ausschreitungen führen, einseitig nicht gebildet werden können.

Neue französische Gewaltmaßnahmen

Die Franzosen hatten vor einiger Zeit die Stadtverwaltung Düsseldorf aufgefordert, mit dem Bau der zwei geforderten Militärkasernen, den die Stadt verweigert hatte, am 17. Mai zu beginnen, widrigenfalls die Spitzen der Stadtverwaltung und die Praktikanten der Stadtverwaltung verhaftet werden sollten. Da der Bau nicht begonnen ist, haben die Franzosen eine Reihe wichtiger Gebäude beschlagnahmt, darunter sämtliche 145 Feuertürme für die Schupo errichteten Wohnungen, den Kunstpalast, in dem ab 1. Juni d. J. eine große Kunstausstellung errichtet werden sollte, und die erst dieser Tage eröffneten Säle des Zoologischen Gartens.

Kurze Nachrichten

Stillstand der englisch-französischen Verhandlungen. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, es könne jetzt bestimmt erklärt werden, daß die britische Regierung keine weiteren Verhandlungen mit Paris über die Frage des Gutachtens der Sachverständigen führen werde, bevor nicht die neue französische Regierung sich im Sattel befindet.

Ein deutsch-amerikanisches Alkoholabkommen ist in Washington unterzeichnet worden. Die Abmachungen sehen vor, daß die Vereinigten Staaten das Recht haben, Schiffe, die des Alkoholschmuggels verdächtig sind, innerhalb einer Entfernung von einer Stunde Dampfschiffahrt von der Küste zu durchsuchen. Diese Zone deckt sich in der Praxis mit der Zwölfmeilenzone.

Gratifikation für die amerikanischen Kriegsteilnehmer. Der Senat der Vereinigten Staaten hat den Gesetzentwurf betreffend die Gewährung einer Gratifikation an die Kriegsteilnehmer trotz des Vetos des Präsidenten Coolidge angenommen. Die Vorlage erlangt damit Gesetzeskraft.

Der amerikanische Botschafter in Tokio ist zurückgetreten. Er hatte bei dem Erdbeben während des japanischen Erdbebens im September des vorigen Jahres eine bedeutende Rolle gespielt und hatte sich kürzlich entschieden gegen den Ausschluß der Japaner von der Einwanderung in die Vereinigten Staaten ausgesprochen.

Es sei gerne zugegeben, daß wir in Erstaufführungen glücklicher sind. Aber es ist doch ein offenes Geheimnis, daß diese Erstaufführungen in der Art zustande kommen, daß unser vielbeschäftigter Oberpräsident auf Reisen geht, um an anderen Bühnen solche Aufführungen und ihre Wirkung zu sehen. Aber wie auch immer diese Information zustande kommt, so ist doch so viel sicher, daß das Badische Landes-theater noch keine Erstaufführung gebracht hat, die nicht schon anderwärts erprobt war. Wenn jünger an dieser Stelle die Leistung unseres hiesigen Schauspielers in günstige Parallele zu der aller anderen Theater Deutschlands gestellt wurde, so will ich die Wertung nicht nachprüfen. Zweifellos aber ist, daß weit kleinere Bühnen eine viel stärkere künstlerische Initiative aufweisen. Wenn ein Theater sich mit den ersten Bühnen des Reichs in Vergleich stellen will und vielleicht auch stellen kann, dann ist diese Mühseligkeit in künstlerischer Initiative einfach unwürdig.

Gerne sei es, dem Oberpräsidenten deshalb einen Vorwurf machen zu wollen. Wenn unser Schauspiel überhaupt etwas taugt, und niemand kann leugnen, daß seine Leistungen ein hohes künstlerisches Niveau zeigen, dann danken wir dies in erster Linie ihm. Aber er kann wohlhaftig nicht alles tun. Es muß ihm ein literatur- und theatertheoretischer Dramaturg zur Seite stehen. Wenn tatsächlich gegenwärtig Engagementsverhandlungen schweben, dann müßte es wohl möglich sein, einem Bedürfnis abzuhelfen, das ich für gegenwärtig das dringendste unseres Schauspielers erklären möchte. Nur wenn wir diese künstlerische Initiative durch einen geschulten Dramaturgen besitzen, können wir hoffen, auch in unserem Spielplan mit anderen Bühnen in günstigen Vergleich treten zu dürfen. Prof. Dr. Karl Holl.

Landestheater. Am Mittwoch, den 21. findet die dritte Aufführung des neuinstudierten Grillparzer'schen Dramas „Sappho“ statt. — Die erste Wiederholung des uraufgeführten Spiels „Der Schild des Achilles“ von Wilhelm Jenner und von Fritz Rumpf übertragene Rollenrollen Komödie „Amphitron“ wurde für Donnerstag, den 22. Mai angelegt. Am Samstag, den 24. Mai geht die Gesangsposse „Aria-Parisi“ bereits zum siebentmal in Szene. Als nächste Klassiker-Neuinstudierung befindet sich das romantische Ritterstück „Das Räuber von Gellbrunn“ von Heinrich von Kleist in Vorbereitung und wird am Samstag, den 31. Mai zum erstenmal nach sieben Jahren wieder zur Aufführung kommen. — Das Lustspiel „Devise“ von Lothar Schmidt wurde zur Erstaufführung noch für diese Spielzeit erworben.

Badischer Teil

Zum Verbot der Schlageter-Feier

liegen uns, nachdem bereits „Bad. Beobachter“ und „Neue Bad. Landeszeitung“ sich zustimmend zum Verbot geäußert haben, noch zwei Pressestimmen vor, von denen wir Kenntnis nehmen möchten. Die „Oberländer Tagespost“, ein Zentrumsorgan, schreibt in ihrer Nummer vom Montag, 19. Mai:

„Der bekannte „Redaktionswind“ weht uns in der Vorwoche eine nur an ganz zuverlässig nationale, echt vaterländische Kreise persönlich gerichtete Einladung zur Teilnahme an der für den 24.—25. Mai geplanten Schlageter-Gedenkfeier auf den Redaktionstisch. Es heißt darin u. a.:

„Ich komme im Auftrag vaterländischer Kreise mit einer großen Bitte zu Ihnen. Sonntag in drei Wochen, am 25. Mai, findet in Schönau eine große vaterländische Gedenkfeier für unseren Albert Leo Schlageter statt. Die Organisation der Feier liegt in den Händen des Jungdeutschen Ordens, einer überparteilich völkisch-badischen Organisation, die Ihnen gewiß bekannt ist. Auf dem neuen Sporck (am Ochsenberg) in Schönau findet nach Neuauflage der Organisation und Abordnung Festgottesdienst beider Konfessionen statt.“

Die Organisation des Jungdeutschen Ordens hat man mir es übertragen, dafür einen geeigneten Text. Geistlichen zu wählen und mit ihm mich in Verbindung zu setzen.

Dr. G. No., prakt. Arzt in Zell i. B.

Also: durch den Festgottesdienst beider Konfessionen suchte man insbesondere den braven Katholiken des „schwarzen“ Teils des Bistums die Teilnahme an der „Schlageter-Feier“ besonders schmackhaft zu machen, ihnen Sand in die Augen zu streuen, damit sie nicht so schnell merken sollten, daß sie zu einer politisch eindeutigen, nationalitätlich verzerrten Schlageter-Gedenkfeier mißbraucht werden sollten.

Es ist gut, daß sie regierungsfeindlich, soweit sie unter freiem Himmel abgehalten werden sollte, verboten ist. Zu dem Verbot, welches wiedergegeben wird, sagt die „Oberländer Tagespost“ dann noch: „Man wird die Stellungnahme des bad. Ministeriums nur billigen können, um der Ordnung willen und der Erhaltung des inneren Friedens willen. Zu begrüßen ist das Verbot ganz besonders aus außenpolitischen Gründen.“

Die „Mannheimer Volksstimme“ hat schon am Samstag einen ebenfalls das Verbot billigenden Artikel gebracht. Nun schreibt gestern auch der „Volksfreund“ u. a.:

„Die Gedenkfeier“ ist natürlich für die nationalitätlichen Herrschaften nur ein Vorwand. Was liegt den Jungdeutschen den Stahlhelmen, den Deutsch-Völkischen an Schlageter? Wenn sie noch eine Scham und ein Gewissen hätten, müßten sie vielmehr ja die Stätte, wo Schlageter liegt, meiden, denn sie sind ja die wirklichen Mörder ihres angeblichen Helden. Wenn die Franzosen ihn nicht erschossen hätten, wäre er vielleicht heute das Opfer der völkischen Feme, sofern es ihm etwa eingefallen wäre, mit zunehmendem Alter zur Vernunft zu kommen und das Verbrechen und Verbrechen zu lassen. In einem Bezirk wie das Bistum, in denen die Staatsgewalt vor sieben Monaten geübt hat, daß es ihr um die Verteidigung der verfassungsmäßigen Zustände gegen die Angriffe von links bitter ernst ist, hat die Staatsgewalt erst recht die Pflicht, auch den Unmütigen von rechts nicht den mindesten Zweifel daran zu lassen, daß sie auf Eisen und Stahl heizen werden, wenn sie es ernstlich versuchen sollten, sich über die gesetzlichen Schranken hinwegzusetzen. Die staatliche Polizeigewalt wird bei der Erfüllung dieser ersten, aber ehrenvollen Aufgabe die gesamte republikanische Bevölkerung des Landes bedingungslos hinter sich haben.“

Durch das Wolff-Büro wird in Oberbaden eine Meldung verbreitet, wonach den Veranstaltern der Schlageterfeier die Abhaltung einer Gedenkfeier am Grab Schlageters auf dem Schönauer Friedhof auf ihre Vorstellungen hin gestattet worden sei. Diese Meldung ist irreführend. Den Veranstaltern der Schlageterfeier wurde, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, lediglich die Kranzniederlegung am Grab Schlageters durch Deputationen gestattet. Im übrigen bleibt die Feier durchaus auf Veranstaltungen in geschlossenen Räumen beschränkt.

Gründung eines Bad. Landes-Fischerei-Vereins

Am Sonntag, den 18. Mai, fand in Karlsruhe unter Leitung von Prof. Dr. Auerbach-Karlsruhe die Generalversammlung des Badischen Fischereivereins statt, zu der außer zahlreichen Vertretern von Behörden sowie aus Kreisen der Berufs-fischer, Sportfischer und Fischhändler auch der stellvertretende Vorsitzende des Bad. Unterländer Fischereivereins, Prof. Dr. Zimmermann-Mannheim erschienen war. Es wurde mit Rücksicht auf die veränderten Zeitverhältnisse, die eine straffe Zusammenfassung aller Badischen Fischereiereisenden in einem Zentralverein erfordern, die Schaffung eines Badischen Landes-Fischereivereins an Stelle der bisher bestehenden zwei Hauptvereine beschlossen und einstimmig auf Vorschlag Professor Zimmermanns gewählt: Zum 1. Vorsitzenden Ministerialdirektor Leers, zum stellvertretenden Vorsitzenden und Geschäftsführer Landesfischereinspektor Dr. Koch und zum Kassier Ministerialrechnungsrat Fleig in Karlsruhe.

Die Landesversammlung des Badischen Krüppelfürsorgeverbandes

fand in Heidelberg statt. Einer Anregung des Vereines folgend, hat das Ministerium des Kultus und des Unterrichts eine Herabsetzung beschlossen, daß alle Krüppelhaften Schüler dem Verein zu melden sind, wodurch es möglich wird, ihnen allen die nötige Fürsorge angeheben zu lassen.

Der Badische Industrie- und Handelstag zum Sachverständigen Gutachten

Der Badische Industrie- und Handelstag hat am 17. Mai in Karlsruhe in seiner Präsidialkonferenz folgende Entscheidung gefaßt:

Der Badische Industrie- und Handelstag erblickt in dem Gutachten der internationalen Sachverständigen über die Forderung der deutschen Kriegslasten eine Grundlage zu Verhandlungen der deutschen Regierung mit den Feindbündlungsregierungen, obwohl er die ernstesten Bedenken hegt, ob angesichts der ungeheuren Verarmung Deutschlands die nach dem Gutachten Deutschland auferlegten Lasten auf die Dauer getragen werden können. Der Versuch, diese schwer drückende Belastung zu übernehmen, darf aber nur gemacht werden, wenn Gewähr dafür geboten wird, daß

1. Die deutsche Staatshoheit in Hinsicht auf Verwaltung, Gesetzgebung, Verkehrsfreiheit, Steuer- und Zollhoheit nach Maßgabe der im Versailler Vertrag festgesetzten Grenzen wiederhergestellt wird,
2. die Freiheit von Person und Eigentum verbürgt und den verhafteten und ausgewiesenen deutschen Staatsangehörigen alsbald die Freiheit und die Erlaubnis zur Rückkehr in die Heimat gegeben wird,
3. durch die noch zu vereinbarenden Ausführungsbestimmungen zu dem Gutachten die Tätigkeit der vorgesehenen Kontrollinstanzen bei der Eisenbahn und der Post auf die Ausübung der Überwachung der festgelegten wirtschaftlichen Leistungen beschränkt, ein überwiegender Einfluß ausländischer Organe vermieden und Vorkorje getroffen wird, daß Eingriffe und Maßnahmen ausgeschlossen werden, die mit der nationalen Würde und der Kreditwürdigkeit Deutschlands unvereinbar sind.

Wenn der Badische Industrie- und Handelstag trotz seiner starken Zweifel an dem von den Gutachtern geäußerten starken Optimismus hinsichtlich der schnellen und vollständigen Erholung der deutschen Wirtschaft und trotz ihrer durch die Gutachtervorschlüsse bedingten weitgehenden Abhängigkeit vom Auslande sich für die Annahme des Gutachtens als Verhandlungsbasis ausspricht, so geschieht dies im Vertrauen darauf, daß auch bei den Regierungen der Feindbündelstaaten die bereits beginnende Erkenntnis immer mehr verlärt wird und muß, daß die deutsche Wirtschaft ein wichtiges und unentbehrliches Glied der Weltwirtschaft ist, daß sonach alle Staaten ein hervorragendes Interesse daran haben, daß Deutschland unter den ihm auferlegten Lasten nicht zusammenbricht und daß, falls diese Lasten sich als untragbar erweisen, mit Sicherheit ihre Herabsetzung und Milderung zu erwarten steht.

Funktagung im Stuttgart

Die erste Funktagung des Württembergischen Radioklubs e. V. beschäftigte sich u. a. mit dem Anstuf von Baden. Von den badischen Funkvereinen waren vertreten: Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Pforzheim und Rheinfelden. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß Württemberg, Baden und das Elmsbündnis von Hohenjochen vorausgesetzt, auch Hohenjochen, einen gemeinsamen Verband bilden sollten, der unter Wahrung völliger Selbständigkeit der Vereine die Vertretung der Belange der Funkfreunde nach außen hin zu wahrnehmen hat. Sich des Verbandes soll der Württembergische Radioklub Stuttgart sein.

Kurs für Tabakbau

Am 15. und 16. Mai veranstaltete die Bad. Landwirtschaftskammer in ihrer Saatzuchanstalt in Rastatt einen Kurs für Tabakbau, der unter großem Interesse aller Teilnehmer einen überaus befriedigenden Verlauf nahm. Die Vorträge erstattete Landwirtschaftsrat Meißner-Karlsruhe, Landwirtschaftsrat Busch und Saatzuchinspektor Lieber-Rastatt und erörterten sich auf alle für den Tabakbau wichtigen Punkte, wie die Frage der Qualitätsbesserung, des Tabaksaubaues, der Tabakzüchtung usw.

Allgemeine Zustimmung fanden die Redner mit ihrer Forderung der Hebung des Qualitätsbaues, wobei jedoch gleichzeitig darauf hingewiesen wurde, daß die Bezahlung nach Qualität von Seiten des Handels und der Fabrikation hierfür die natürliche Voraussetzung sei.

Die tatkräftige Neuorganisation des Tabaksaubaues in Baden durch die Saatzuchanstalt der Bad. Landwirtschaftskammer wurde auf das lebhafteste begrüßt, und es kam der allseitige Wunsch zum Ausdruck, daß das Tabakbauinstitut, das unter finanzieller Unterstützung der Reichsregierung in Baden errichtet werden soll, in Verbindung mit dem geplanten Neubau einer großen Landesstaatzuchanstalt in Rastatt erstellt werde, damit alle Fragen des Tabakbaues von einer Zentrale aus behandelt werden können, zumal dieselbe schon jetzt sich hiermit soweit möglich beschäftigt.

Die Besichtigung der Tabakfabrik Vaisch in Rastatt und der Zigarettenfabrik Vaisch in Baden-Baden bildeten einen wohlgeordneten Abschluß des Kurses, der alles in allem wohl dazu beigetragen hat, auf diesem Gebiete auch in Baden einen Schritt vorwärts zu kommen.

Kommunale Rundschaue

Aus dem Karlsruhe Stadtrat. Zur Erstellung von 20 Wohnungen durch private Bauherren werden städtische Baulandstücke in Höhe von 97 500 Quadratmeter zugekauft. — Der Stadtrat richtet an das Badische Finanzministerium die dringende Bitte, von der geplanten Aufhebung der Waldwirtschaft Steuer, die von jeher ein beliebtes Ausflugsziel für die Karlsruher Bevölkerung ist, abzusehen. — Um die Anziehungskraft des Tierparks im Stadtpark zu steigern, soll ein junger Elefant angeschafft werden. Der Stadtrat bewilligt mit Zustimmung des Stadtverordnetenverbandes die hierfür erforderlichen Mittel.

Die Karlsruher Bürgermeisterstelle. Gerüchtersweise verlautet, daß Bürgermeister Dr. Hofmann zurücktreten wolle, es soll die Absicht bestehen, die Zahl der Bürgermeisterstellen (5) zu vermindern.

Der Stadtrat Freiburg stimmte der Errichtung eines Denkmals der im Weltkrieg gefallenen Angehörigen des ehemaligen Infanterieregiments Nr. 113 vorbehaltlich der Genehmigung des Provinzialrates selbst zu.

Der Bürgerausschuß Waldkirch genehmigte einen Antrag der Gemeinnützigen Baugenossenschaft auf Überweisung eines Bauplatzes auf der Dammenalle zwecks Errichtung eines Wohnhauses und in der Wölderstraße zwecks Erbauung eines Vierfamilienhauses. Ebe so werden die Steine und verbilligtes Material zur Verfügung gestellt. Die Errichtung eines Gewerbegerichts für die Gemeinden Waldkirch, Röllau und Gutach wurde abgelehnt, obwohl der Gemeinderat zugestimmt hatte. Der Gemeinderat Gutach auf die Hundesteuer wurde erhöht, so daß ab 1. Juni d. J. ein Hund mit 18 Mark Steuern belastet wird. Einem Antrag der Holz-A.-G. auf Erhebung ihres Baugeländes wurde zugestimmt. Die Wehrerhebungsteuer wurde aufgehoben.

Aus der Landeshauptstadt

Die hiesige Friseur- und Perückenmacher-Zwangsgewerkschaft feiert in diesen Tagen das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß wurde Sonntag vormittag im kleinen Festsaal eine reichhaltige Festschmausung durch den Handwerkskammerpräsidenten Hensmann-Bruchsal eröffnet. Abends fand in der Festhalle ein Bankett mit ausserordentlichem Programm statt, wobei Kammerpräsident Andres die Festrede hielt. Er hob besonders hervor den Wert des qualitativen Könnens und die wichtige Rolle des selbständigen verantwortungsbewußten Mittelstandes für Staat und Wirtschaft. Der Redner gedachte in warmempfindlichen Worten des verstorbenen um das Gewerbe hochverdienten Ehrenobermeisters Karl Moser. Gestern fanden die eigentlichen beruflichen Verhandlungen im Badischen Landesverband der Friseurmeister und in der Süddeutschen Arbeitsgemeinschaft statt.

Die freiw. Sanitätskolonne Mühlburg beging am Sonntag ihren 25jährigen Gründungstag durch eine Festfeier in den Drei Linden. Nachmittags fand eine gelungene Übung in Gegenwart des Vorsitzenden des Landesverbandes vom Roten Kreuz Generalarzt Dr. Mandel statt.

2 Personen auf einem Rad. An der Hedwigsquelle bei Eitingen fuhr ein Radfahrer, der ein 18jähriges Mädchen auf der Lenkstange sitzen hatte, den steilen Weg herunter und überschlug sich. Das Mädchen erlitt lebensgefährliche Verletzungen an Kopf und Brust. Der junge Mann kam glimpflich davon.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 18. Mai. Die Wiederaufnahme des Betriebs der Badischen Anilin- und Sodafabrik geht wegen der schweren Schädigungen durch das seizerzeitliche Verhindern der Notstandsarbeiten und den Anarchismus rabiaten Streikenden nur langsam vor sich. Es wurden beispielsweise im Kohlenbüro die Kulte und Kesselschraube aufgedreht und ihr Inhalt fufhoch über den Boden zerstreut, der Kesselschraube demoliert und seines Inhaltes beraubt. Die Schreibmaschinen gestohlen, die Rechenmaschinen zerstört. Im Laboratorium im Bau 73 fand man alle Apparate aus Glas zertrümmert, teils Privat-, teils Fabrikeigentum, unbrauchbar gemacht. In der Fabrikgärtnerei sind alle Pflanzen eingegangen, das Schulhaus der Arbeiterkassen (Arbeiterkassen) wurde gestohlen. Gelbsteife Verunreinigungen wurden an vielen Stellen, sogar an den Schreibmaschinen borgefunden. Von den Arbeitern sind bis jetzt 14 000 wieder eingestellt.

Mannheim, 20. Mai. In der gestrigen Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des gefällten Schiedspruches in dem Konflikt der Mannheimer-Ludwigs-Hofener Metallindustrie haben 88 Prozent für seine Annahme gestimmt. Da aber die Arbeitgeber den Schiedspruch abgelehnt haben, und seit gestern die Betriebe geschlossen sind, ist der Streik auf einem toten Punkt angelangt.

Mannheim, 19. Mai. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr hat der hier (G. 4 Nr. 9) wohnhafte Spengler Wilhelm Schippert seine Ehefrau Lina, die als Kellnerin tätig ist, nach vorausgegangenem Streit aus dem Fenster des vierten Stockes hinausgeworfen. Die Frau wurde in bewußtlosem Zustand in das Krankenhaus eingeliefert, wo sie nach erfolgter Operation ihrer schweren Verletzungen erlegen ist. Der Täter wurde verhaftet.

Heidelberg, 19. Mai. Eine bekannte Persönlichkeit, der Direktor der hiesigen Zweigstelle des Dresdener Bank und Mitglied des Stadtvorstandeskollegiums, Bundesrat, ist im 60. Lebensjahre gestorben. Er hat sich besonders um die deutsche Turnfrage sehr verdient gemacht und war Ehrenvorsitzender der Heidelberger Turngemeinde.

Durlach, 19. Mai. Frau Regina Dill, die am 9. Januar 1924 das 100. Lebensjahr vollendete, und wohl die älteste Bürgerin Durlachs war, ist gestern gestorben.

Ffrozheim, 19. Mai. In den Tagen vom 22. bis 28. Juni findet das zweite Ffrozheimer Musikfest statt.

Bühl, 19. Mai. Am Sonntag wurde die Leiche des seit den Weihnachtstagen vermissten Dr. Baer eine Stunde hinter dem Kirchhaus Viehlager im Gemeinewald Oberasbach aufgefunden. Der Verunglückte hatte sich einen Bluteruß im linken Fußgelenk zugezogen. Die Schneeschuhe waren abgeschmolzen und der linke Schuh ausgezogen. Offenbar wurde Dr. Baer hierbei von einer Ohnmacht befallen und ertror.

DZ. Rehl, 18. Mai. Nachdem in der Gemeinde Rehl die Maul- und Klauenpest erloschen ist, ist der ganze Bezirk wieder seuchenfrei.

Freiburg, 19. Mai. Mit dem Heimgehe des Dr. ing. h. c. Julius Brenzinger hat ein reiches Leben seinen Abschluß gefunden. Am 27. Oktober 1843 als jüngster Sohn eines praktischen Arztes und als Sproß einer seit 1599 in Freiburg hoheländ. Familie geboren, war es ihm sicher nicht an der Wiege gelungen, daß er dereinst zu den markantesten Gestalten der deutschen Technik emporkommen würde. Nach dem Besuch des Lycums besuchte Julius Brenzinger die Kunstschule in Karlsruhe unter Prof. Rost und wirkte als Bildhauer, bis er 1872 mit einem Vetter, der ihn kaufmännisch unterstützte, die Firma Brenzinger u. Cie gründete, die aus kleinen Anfängen heraus zunächst die Herstellung von Betonwerksteinen betrieb. Auf diesem Gebiet sind die Verdienste des Verstorbenen in Fachkreisen unbestritten. Diese Verdienste Julius Brenzingers wurden von dem Deutschen Betonverein durch die Ehrenmitgliedschaft und von der technischen Hochschule Karlsruhe durch die Verleihung der Würde des Dr. ing. honoris causa geehrt. Von der bedeutendsten Bauwerken und Konstruktionen, die von der Firma in Freiburg ausgeführt wurden, seien nur die Eichenholzstraßenbrücke über die Dreisam, die Lutherische und die interessantesten Konstruktionen des Kollegiengebäudes der Universität (s. B. die Eingangshalle und das auditorium maximum) erwähnt, die bahnbrechend als Vorbild wirkten. Das hervorsteckendste Merkmal aller Bauwerke, die unter der Hand von Julius Brenzinger entstanden, war neben der großzügigen Technik die grandiose und gewissenhafte handwerkliche Tätigkeit und Gediegenheit, die alle seine Arbeiten auszeichnete. Dies hat auch die hiesige Handwerkskammer beim 50-jährigen Jubiläum der Firma Brenzinger und Cie. gewürdigt, indem sie den Seniorchef und Gründer zu ihrem Ehrenmitglied ernannte. Vom Jahre 1884 bis 1912, also 28 Jahre, gehörte Julius Brenzinger als Mitglied der nationalliberalen Partei dem Bürgerausschuß, davon 15 Jahre dem geschäftsführenden Vorstand an.

DZ. Freiburg, 15. Mai. Die Verhaftungen des Inhabers der Herbarapothek in Freiburg, über die seizerzeit berichtet wurde, kamen gestern vor dem Amtsgericht zur Verhandlung. Der Angeklagte wird beschuldigt, auf Recepte der Dr. Kranzmann minderwertige Medikamente bzw. solche von geringem Gewicht verpackt zu haben. Von den beanstandeten 20 Einzelhandlungen wurden 7 herausgegriffen. Auf Grund des Beweisergebnisses sprach der Amtsrichter eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen wegen Betrugs aus.

DZ. Billingen, 16. Mai. Der Direktor der Billinger Bank, Winnich, hat sich im Billinger Walde das Leben genommen. Gerüchweise verlautet, daß Winnich über die Leistungsfähigkeit der Bank hinaus Wechsel ausstellte. Von auserlässiger Seite wird erklärt, daß Direktor Winnich den Schritt wohl infolge Schwermut begangen hat. Wechselverbindlichkeiten habe die Billinger Bank weder als Aussteller noch als Akzeptant in keiner Weise eingegangen. Die mit dem Schicksal des Direktors Winnich in Zusammenhang gebrachten Gerüchte sind durchaus gegenstandslos.

DZ. Säckingen a. Rh., 19. Mai. An der über 650 Jahre alten Säckinger Rheinbrücke, die im Laufe der Jahrhunderte schon manchem Anprall standhielt, hat man seit Wochen Ausbesserungsarbeiten vorgenommen. Diese können jetzt so ziemlich als beendet gelten. Vor allem war es die Straßenseite, denen das Wasser stark zugeföhrt hatte. Um den Wogen mehr Widerstand bieten zu können, sind die Fundamente der Pfeiler mit einer Hülle von Beton ummauert worden. Die Eigenart der Säckinger Rheinbrücke besteht seit altersher in der Überdachung des Brückenweges, wie man es heute bei den Brücken in Deutschland nur noch selten findet.

Konstanz, 18. Mai. Das Verkehrsverbot für Kraftfahrzeuge an Sonn- und Feiertagen ist am 15. Mai für gewisse Strecken wieder in Kraft getreten. Zu den verbotenen Strecken des Vorjahres (Konstanz-Bollmatingen-Allensbach-Radolfzell-Singen-Gottmadingen, Konstanz-Raimau und die Seefrucht Ludwigsbafen-Friedrichshafen) wurde in diesem Jahre auch die Strecke Rindlibild-Insel Reichenau einbezogen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark

	17. Mai		16. Mai	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam	1 576 000	1 584 000	1 578 000	1 586 000
Kopenhagen	716 200	719 800	716 200	719 800
Italien	188 500	189 500	189 500	190 500
London	18 405 000	18 495 000	18 405 000	18 495 000
Newyork	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	227 900	228 600	239 400	240 600
Schweiz	745 100	749 900	746 100	749 900
Wien	124 600	125 400	124 600	125 400
Wien (100 Kronen)	59 800	60 200	59 800	60 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent

Vom Süddeutschen Holzmarkt. Die Haltung am Holzmarkt ist gegen Mitte des Monats stark abgeschwächt und die Preise haben bei verstärkter Kaufkraft der Sägewerke ihre rückgängige Bewegung fortgesetzt. Es hat in der letzten Zeit eine ganze Anzahl von Holzverkäufen zu keinem Ergebnis geführt, weil die gebotenen Preise sich vielfach unter der Lage bei schwacher Kaufkraft bewegten. Am Brettermarkt zeigt sich ein außerordentlich hartes Verkaufsangebot als Folge des Gelddrucks, der Erfüllung laufender Verpflichtungen, so daß von einem normalen Verkaufsgeschäft zur Zeit keine Rede sein kann.

Zahlungsschwierigkeiten einer Stuttgarter Bank. In Stuttgart ist die Bankfirma Erwin Berger in Zahlungsschwierigkeiten. Der Inhaber wurde verhaftet.

Eröffnung der Wasser Messe. Am Samstag wurde in den neuerstellten Ausstellungshallen zu Basel durch den Direktor der Schweizer Mustermesse Dr. Meile die acht Tage dauernde Schweizer Mustermesse eröffnet.

Der rechte Schühellege für jeden Kaffeetrinker ist ganz gewiß der alte freundliche Kaffeekonk. Er ist das Kenn- und Schutzzeichen für die echte Kaffeegenuss in den Silberpaletten und weißen Melchoben. Jeder rechte Kaffeetrinker mag seinen braunen Trank nur, wenn Pfeiffer & Dillers Kaffeegenuss hinzugegeben ist.

Für die Hausfrau aber ist der Kaffe-Dübel ein guter Sparbelfer. Nimmt man Pfeiffer & Dillers Kaffeegenuss zu Wohnen oder Malz, dann werden die Geschmacks- und Nährstoffe erst richtig ausgenutzt. Es gibt mehr und vor allem billigeres und besseres Kaffegetränk und wenn wäre eine solche wirkliche Küchenhilfe heutigen Tages nicht vielmals willkommen?

Badisches Landestheater
Mittwoch, 21. Mai. 7^{1/2} - 9^{1/2} Uhr. Sp. I M. 4.20.
Abonn. E 21. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2601-3000.
Sappho.

**Badische Lichtspiele
Konzerthaus**
Heute Dienstag, den 20. und Mittwoch,
den 21. d. Mts., 8 Uhr abends
Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags
**Der Berg
des
Schicksals**
Ein Hochgebirgsdrama D.342
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße und
Papierhandlung Eissele, Werderplatz
Studierende und Schüler halbe Preise
Preise Mk. —.80, 1.20 und 1.50

**Russtellung von Plakentwürfen für die Karlsruher
Herbstwoche 1924 in der städt. Russtellungshalle.**

Ergebnis der Volksabstimmung:
Für den 1. Preis (300 M.) entschieden sich die meisten Stimmen zugunsten des Entwurfs Nr. 485, Kennwort „EAD“, für den 2. Preis (200 M.) entschieden sich die meisten Stimmen zugunsten des Entwurfs Nr. 486, Kennwort „Ksilebo“.
Die Künstler-Kommission, bestehend aus den Herren Alfred Kusche, Prof. und Kunstmaler, Paul Kusche, Kunstmaler, und Ernst Württemberg, Prof. und Kunstmaler, hat in ihrer Mehrheit den 1. Preis zuerkannt: dem Entwurf Nr. 486, Kennwort: „Ksilebo“, den 2. Preis dem Entwurf Nr. 475, Kennwort: „Wimpelzeichen I“; ferner hat die Mehrheit der Kommission die vorgeschlagenen beiden Trostpreise von je 50 M. vereinigt zu einem 3. Preis (100 M.) und diesen zuerkannt dem Entwurf Nr. 485, Kennwort „EAD“.

Die Eröffnung der Kennwort-Umschläge hat als Verfasser ergeben: für den Entwurf Nr. 485 Herrn Alfred Böld, Zeichenlehrer hier, für den Entwurf Nr. 486 die Reklamekunst Südwest Karlsruhe, G. m. b. H., Erbprinzenstr. 8, für den Entwurf Nr. 475 Herrn Fritz Lang, hier, Westendstraße 81. D.344

Sämtliche Entwürfe bleiben noch Dienstag, den 20. und Mittwoch, den 21. ds. Mts. im Ausstellungsgebäude ausgestellt. Karlsruhe, den 19. Mai 1924.

Verkehrsverein Karlsruhe e. V.

**la. Steinkohlen
Koks, Grudekoks
Steinkohlen- u. Braunkohlenbriketts
Brennholz**
Lieferrn
Carl August Nietten & Co.
Kohlenhandels-gesellschaft
Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 6
Fernsprecher 982 und 5165
Stadtbüros: Kaiserstraße 118,
Fernsprecher 5506
Durlacher Allee 10 (Vertr.: Wilh. Kaeller)
Fernsprecher 5724 D.14

Hoher Nebenerwerb.

Jedermann kann durch angen. Heimarbeit monatlich ca. 80 M. verdienen. Täglich Zeitaufwand 1/2 Stunde früh und abends. Anleitungsbroschüre mit Rentabilität gegen Einsendung von 50 Pf. durch Ingenieurbüro Richter, Dresden-Strehlen 414, Ludwigstraße 24.

Badische alt-katholische Landesynode.

Die Vorlagen für die bevorstehende **Tagung der Kirchensteuervertretung** (Voranschlag 1924 und vorbereitende Beschlüsse) liegen vom 20. Mai bis einschließlich 2. Juni gemäß Artikel 18 des Landeskirchensteuergesetzes in den Pfarrkanzleien Freiburg-Breisgau, Sternwaldstr. 33, Karlsruhe, Gerhstr. 1, Heidelberg, Grabengasse 11, zur Einsicht aller Beteiligten öffentlich auf. B.475

Freiburg-Breisgau, den 17. Mai 1924.
Der Landes-Synodalrat.
Kreuzer. Dr. Buchta.

Frühjahrsmesse 1924 betr.

Für die Dauer der diesjährigen Frühjahrsmesse vom 31. Mai bis 9. Juni 1924 wird der Messplatz für den öffentlichen Fuhrwerkverkehr gesperrt. Droschken, Autos usw. sind auf der Durlacher Allee entlang dem Bordstein, zwischen Schlachthausstraße und der westlichen Messplatzstraße, Fuhrwägen, Ständerwagen, Handkarren sind auf dem Platz am Eingang zum Messplatz an der Mauer des Schlachthofes aufzustellen. B.476

Karlsruhe, den 17. Mai 1924.
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Wohnungstausch Sinsheim (Elsenz) — Heidelberg.

1. Ein Einfamilienhaus, 3 Zimmer, große Wohnküche, 2 Speicher, der erste zum Ausbau von zwei weiteren Zimmern geeignet, sämtliches Zubehör, 3a großes Gärtchen, elektrisches Licht, in bester Lage (Gartenstadt).
2. schöne 4 eventl. 5 Zimmerwohnung mit sämtlichem Zubehör in guter Lage, zu tauschen gegen 2 entsprechende Wohnungen in Heidelberg (Weststadt). Eventl. Ringtausch über andere Stadt. B.343.3.1
Angebote an Finanzsekretär Wilhelm Brenning, Sinsheim (Elsenz), Gartenstadt.

Möbliertes Zimmer

in nur gutem Hause von angenehmem Mieter (Reisender, der die Hälfte des Monats abwesend ist) per sofort oder später gesucht. Angebote unter B.341 an die Exp. der Karlsruh. Zeitung.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
B.463. Durlach, über das Vermögen des Ingenieurs Wilhelm Baasch in Ffrozheim, Christofallee 15, ist heute am 13. Mai 1924, nachmittags 7/7 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Rechtsanwalt Dr. Traubwein hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Mai 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer 25, zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände u. der Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch, den 11. Juni 1924, vormittags 11 Uhr.**

Allen Forderungen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben

geleiste Mindestleistung in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben Bewerber, welche obigen Bedingungen entsprechen, wollen Gesuche bis 1. Juni d. J. hierher einreichen. Ledige bevorzugt. D.340
Gemeinderat Billingen i. B.

Jagd-Verpachtung

Das Staatl. Forstamt Freiburg verleiht am Samstag, den 24. Mai, vormittags 11 Uhr, auf seinem Geschäftszimmer in Freiburg, Sternwaldstraße 14, die Kappeler Staatsjagd umfassend die rechte Seite des Hochlappertals (vom Schauinsland herab bis in die Nähe der Station Kappelerthal auf 585 ha darunter 412 ha Wald auf weitere 7 Jahre. Ausfuhr durch das Forstamt; die Jagdgrenzen zeigt auf Verlangen Förster Dold in Stoppel.

Die Schlossarbeiten für den Umbau der Straßen- und Kuchbachunterführung bei Km. 56,641 der Schwarzwaldbahn werden öffentlich vergeben: Böden von 900 Schraubenlöchern, Nieten und Verlegen von Aufschlagereisen 36 m, Nieten und Einbringen von Nieten, Dornen, Verbindungsstücken, Bügeln, Stimmstücken, Eisenclampen 1200 kg, Nieten und Aufstellen von Geländer 450 kg. Bedingungen und Zeichnungen liegen bei uns auf, Angebot werden, soweit Vorrat reicht, gegen Entrichtung der Stellungskosten abgegeben. Einreichung der Angebote mit Aufschrift „Schlossarbeiten Kuchbachbrücke“ am und bis 5. Juni 1924, vormittags 10^{1/2} Uhr, Öffnung 11 Uhr vormittags. Zuschlagsfrist 14 Tage. B.474

Billingen, 17. Mai 1924.
Baubauinspektion.